

Der Streit ums Geld

LEBEN WIR ÜBER UNSERE VERHÄLTNISSSE?

Es ist Winter geworden. Ein kalter Wind weht durch das Land. Auch im übertragenen Sinne. Ob bei der Steuerdebatte, der Tarifrunde im öffentlichen Dienst oder dem Streit über eine „Modernisierung“ der sozialen Sicherungssysteme, mehr denn je geht es um die Frage, wer welche Anteile am gesellschaftlich produzierten Reichtum beanspruchen darf und durchzusetzen vermag.

Wurde die Bundesregierung im Bundestagswahlkampf sachlich zu Recht von der konservativen Opposition noch getadelt, sie habe das große Kapital steuerlich zu sehr geschont, wird sie heute für ihr Vorhaben gelobt, die bisherige 30%ige Zinsabschlagsteuer durch eine auf 25% abgesenkte Abgeltungsteuer zu ersetzen. Einmal mehr werden Vermögende steuerlich entlastet und Bürger und Bürgerinnen, die in erster Linie vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen, mit erhöhten Sozialabgaben belastet. Letztere sind enttäuscht bzw. fühlen sich betrogen. Auf Seiten derer, die primär von Kapital- und Vermögenseinkommen leben, scheint hingegen fast jedes Verantwortungsbewusstsein dafür zu fehlen, dass auch sie angemessen zur Finanzierung von sozialen und öffentlichen Leistungen beitragen müssen.

Deutschland lebe über seine Verhältnisse, sein jetziger Wohlfahrtsstaat sei unbezahlbar geworden, tönt es unisono aus den Reihen der bürgerlichen Opposition, aus einschlägigen Interessenverbänden und den Mündern zahlloser hochbezahlter „Experten“ und Kommentatoren. Große Teile des Regierungslagers haben sich diese Sicht der Dinge längst – teils der Not gehorchend, teils aus eigenem Antrieb – zu eigen gemacht. Auch die Tarifrunde im öffentlichen Dienst wurde kräftig zur Verkündung der Botschaft genutzt, Bund, Länder und Gemeinden seien angesichts ihres Schuldenstandes keinesfalls in der Lage höhere Gehälter zu zahlen, statt dessen sei Mehrarbeit der Beschäftigten angesagt. Jede Erhöhung könne nur durch Abstriche an anderer Stelle oder Personalabbau gegenfinanziert werden.

Die wirklichen Verhältnisse sind anders als es der erste Blick vermuten lässt. Deutschland lebt gemessen an den erwirtschafteten Reichtümern unter seinen Verhältnissen. Unsere Gesellschaft als Ganzes ist nicht ärmer geworden; das Bruttosozialprodukt ist auch in den zurückliegenden Jahren weiter gewachsen, wenn auch langsamer als in früheren Jahrzehnten. Geändert haben sich vor allem die Teilhabeverhältnisse. Sogar die jeder Kapitalismuskritik unverdächtige Zeitschrift „Stern“ hat in ihrer Ausgabe 52/2002 unter der Leitfrage „Wie viel darf, wie viel muss der hoch verschuldete Staat den Wohlhabenden abknöpfen?“ klargestellt: „Acht Billionen Euro – so groß ist das Vermögen

der Deutschen. ... Nicht mal ein Prozent ... verfügt über ein Viertel des Geldvermögens.“

DIE WOHLHABENDEN KÖNNEN SICH NICHT BESCHWEREN

„Nüchtern betrachtet können sich die Wohlhabenden nicht beschweren. Die Indizien sprechen dafür, dass der Beitrag der Vermögen zur Finanzierung des Gemeinwesens eher gering ausfällt. Ein Gedankenspiel macht die Dimensionen deutlich: Stellen wir uns vor, das Gesamtvermögen von acht Billionen Euro erwirtschaftet jedes Jahr fünf Prozent Zinsen. Das ergäbe 400 Milliarden Euro im Jahr. Wenn darauf 30 Prozent Steuern bezahlt werden müssten, kämen zusätzlich 120 Milliarden Euro in die Staatskasse. Das ist fast genauso viel, wie den Arbeitnehmern als Lohnsteuer direkt vom Ge-

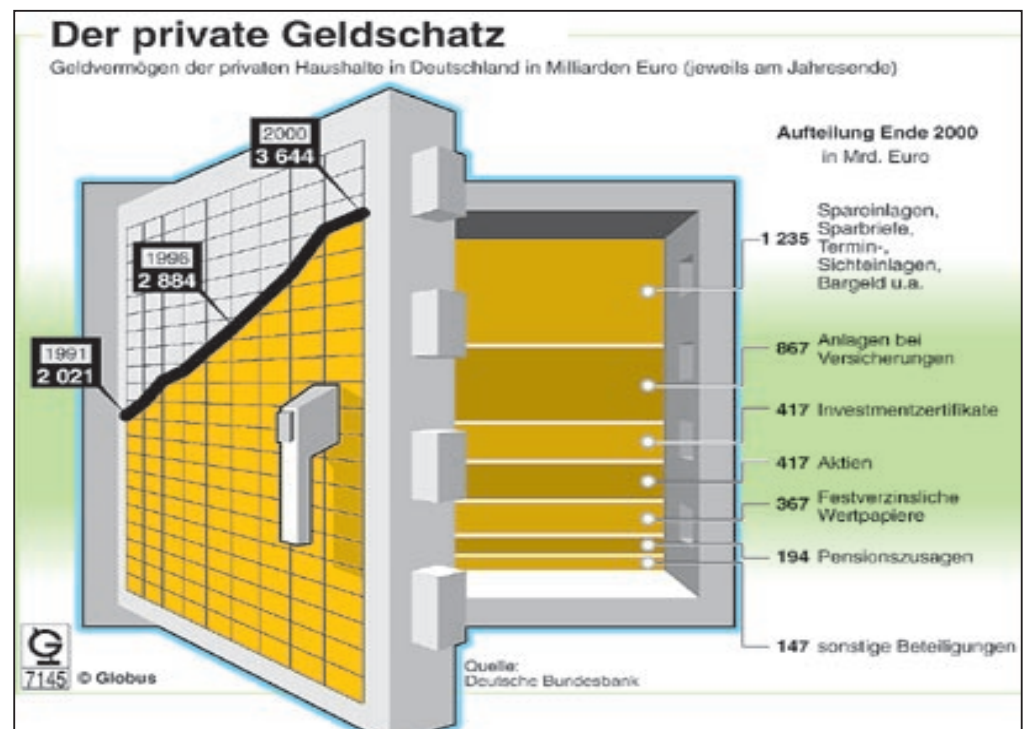
halt abgezogen wird oder wie der Staat für Bildung ausgibt.

Jetzt vergleichen wir das einmal mit dem, was tatsächlich im Steuersäckel landet. Die Zahlen sind so klein, man nimmt lieber eine Lupe, um sie zu lesen. Die Zinsen bringen 8,5 Milliarden Euro, die Dividenden 13,9 Milliarden, die Kapitalgesellschaften zahlen gerade noch 850 Millionen, und die Gewinne von Selbstständigen und Einnahmen aus Mieten bringen dem Staat weitere rund 20 Milliarden. Macht unterm Strich: rund 43 Milliarden Euro.

Kaum zu glauben: Ein Gesamtvermögen von acht Billionen Euro bringt dem Gemeinwesen gerade mal Steuereinnahmen von einem halben Prozent. Die Diskrepanz zwischen den Erträgen, die das Vermögen der Deutschen vermutlich erwirtschaftet, und den Einnahmen, die tatsächlich besteuert werden, ist also riesengroß.

An das Vermögen habe sich die Regierung unter Gerhard Schröder bislang nicht richtig herangewagt. Die Einnahmen aus Erbschaft-, Grund- und Grunderwerbsteuer seien in Deutschland nur halb so hoch wie im Durchschnitt der Industrieländer. Eine Vermögensteuer wolle sie gegen den Protest von Wirtschaft, Experten und Opposition nicht durchsetzen. Die Millionäre sollten nun sogar über die Abgeltungsteuer entlastet werden.

Unbestreitbar sind alle öffentlichen Hände hoch verschuldet. So musste allein das Land Niedersachsen 2002 die Summe der neuen Kredite von 1,35 auf 2,95 Milliarden Euro mehr als verdoppeln, für 2003 wird statt von 1,3 von 2,65 Milliarden Euro ausgegangen. In 13 von 16 Bundesländern sieht die Lage ähnlich aus. Auch die prekäre Haushaltssituation von Städten und Gemeinden ist allgemein bekannt.



Die heutige Staatsverschuldung ist aber nicht wie ein Naturereignis vom Himmel gefallen. Sie geht zu einem Teil auf konjunkturbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben zurück. Vorrangig sind jedoch strukturelle Faktoren und politische Entscheidungen verantwortlich. Die öffentlichen Haushalte leiden noch immer unter dem Kardinalfehler, dass ein großer Teil der fiskalischen Belastungen des Vereinigungsprozesses über die Kapitalmärkte finanziert wurde. Darüber hinaus wird seit Jahren insbesondere durch einen Abbau von Belastungen für die Kapitaleite steuerpolitisch auf eine langfristig gesunkene Unternehmensrentabilität zu reagieren versucht. Es steht außer Frage, dass die in der Konkurrenz erfolgreichen Unternehmen immer wieder beachtliche Gewinne erzielt haben. Aber gerade weil sie so erfolgreich gewesen sind, ist es aufwändiger und schwieriger geworden in größerem Umfang zusätzliche Gewinne zu erwirtschaften und zu realisieren.

KAKOPHONIE ZWISCHEN BUNDES- UND LANDESPOLITIK

Auch wenn fast alle sozialdemokratischen Politiker und Politikerinnen inzwischen größeren Umverteilungen von oben nach unten abgeschworen haben und statt dessen in der Theorie lieber auf steuerliche Entlastungen für alle Gruppen der Gesellschaft bei gleichzeitiger Durchsetzung neuer Steuerungsmethoden in allen Bereichen öffentlicher Daseinsvorsorge setzen, ergeben sich mitunter Widersprüche oder „Kakophonien“ zwischen Landes- und Bundespolitik.

So hat Ministerpräsident Gabriel sinnvoller Weise eine Vermögensteuer gefordert, die der Bildung und den Kommunen zugute kommen sollte. Die Normalverdiener könnten nicht auch noch mit zusätzlichen Bildungsausgaben belastet werden. Der Anteil der Nettolohn- und Gehaltssumme am verfügbaren Volkseinkommen sei in den 90er Jahren von 49,4 auf 42,7% gesunken. Dagegen sei der Anteil der Nettogewinn- und Nettovermögensinkommen von 35,7 auf 40% gestiegen. Von einer gerechten Finanzierung unseres Gemeinwesens könne in Deutschland keine Rede sein. Nach dem Scheitern dieses Vorstoßes am Schröder-

schen Veto hat Gabriel gefordert, die wegen der Flutkatastrophe verschobene Stufe der Steuerreform um ein halbes Jahr wieder vorzuziehen.

AN SCHRÖDERS VETO GESCHEITERT

Die Vertreter des „mainstream“ erwarten von der Politik, dass diese alle Barrieren für eine erweiterte Kapitalverwertung aus dem Wege räumt. Kapital, gleichgültig ob groß, mittelständisch oder klein, verlangt – getrieben von der Konkurrenz – grundsätzlich nach möglichst preiswerten und gefügigen Arbeitskräften. Das Credo lautet, die Löhne (sprich: die Lohnnebenkosten) seien zu hoch, die Arbeitsmarktverhältnisse zu unflexibel, die Ladenschlusszeiten und der Kündigungsschutz Hemmnisse für ökonomische Prosperität. Inzwischen hat sich auch die Europäische Kommission mit einer entsprechenden Forderung nach einer zügigen Reform der deutschen Sozialsysteme zu Wort gemeldet, womit vor allem mehr Privatisierung gemeint sein dürfte.

Die Schröder-Clement-SPD (eine andere ist zurzeit nicht in Sicht) vertritt zumindest wirtschafts- und sozialpolitisch keine wirklich andere Politik als die konservative Opposition. Ihr Neoliberalismus ist allerdings konsensual orientiert; unter dem Motto „Innovation und Gerechtigkeit“ sollen möglichst viele eingebunden und mitgenommen werden. Superminister Clement wird im „Stern“ mit den Worten zitiert: „Ich bin praktizierender Anhänger einer kooperativen Wirtschaftspolitik.“

Praktisch bedeutet das z. B. die Ermöglichung von Minijobs für mehr Bereiche der Wirtschaft, eine sehr weit gehende Veränderung des Ladenschlussgesetzes und eben die Durchsetzung einer günstigen Zinssteuer statt einer neuen Vermögensteuer für Reiche. Es bedeutet auch, dass sich zunehmend Verhältnisse einer unerklärten großen Koalition einstellen.

AUF MINIJOBES WERDEN MINIRENTEN FOLGEN

Der gesellschaftliche Problemdruck ist dadurch nicht wirklich zu mindern. Wenn geringfügige Beschäftigung immer mehr zum Normalfall wird, werden Millionen demnächst Minijobs und später Minirenten haben. Was beim Zuschuss für die Bundes-

anstalt für Arbeit gespart wird, wird bei der Renten- und Krankenversicherung fehlen. Ob die Abgeltungssteuer überhaupt die Mittel einbringen wird, die die alte Zinsabschlagsteuer dem Staatshaushalt eingebracht hat (8,5 Mrd. Euro), ist offen. Eine Vermögenssteuer könnte 15 Mrd. Euro Mehreinnahmen bewirken.

Erforderlich sind und bleiben vor allem die Umverteilung von Arbeit über Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich und insbesondere die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zu tarifierten Bedingungen in gesellschaftlichen Defizitbereichen. Die Märkte werden nicht alles richten, sondern bedürfen selbst einer vernünftigen demokratischen und sozialen Rahmensetzung.

DIE GEWERKSCHAFTEN SIND GEFRAGT

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die jüngste Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Es bewertet die letzten Abgabenerhöhungen sehr kritisch. Die Belastungen der privaten Haushalte würden die Schwäche der Binnennachfrage noch verstärken, die verfügbaren Einkommen stiegen trotz wieder etwas kräftigerer Lohnerhöhungen kaum. Hohe Wachstumsraten beim Export gehörten wegen der globalen Wachstumsschwäche der Vergangenheit an. Hinzu kämen globale Risiken wie Irak-Krieg, Terroranschläge, die Entwicklung in Venezuela und Nordkorea.

Während in den USA die Geldpolitik der Notenbank wie auch die Finanzpolitik der Regierung auf Expansion ausgerichtet seien, sei die Finanzpolitik in Deutschland in einem „Hamsterrad“ gefangen. Auf die schwache Konjunktur werde mit einem Sparprogramm geantwortet, worauf die Konjunktur noch schwächer werde, worauf ein weiteres Sparprogramm aufgelegt werde etc. Notwendig seien eine Reform des EU-Stabilitätspaktes, Zinssenkungen und ein Ausschöpfen der lohnpolitischen Spielräume (Trendproduktivität plus Inflationszuschlag).

Angesichts der Entwicklung in Deutschland bleibt festzustellen, dass es wohl auch künftig zuallererst an den Gewerkschaften liegt, wenn der gesellschaftliche Winter nicht gar zu arg ausfällt.

RICHARD LAUENSTEIN

EIN MYTHOS VOR DEM VERFALL?



Ein Kommentar von Torsten Post

„Die Tabuisierung der Schulstrukturfrage ist ideologisch, nicht die Fragestellung. Der Mythos von der Bewährung der ‚begabungstypologischen‘ Gliedrigkeit des Schulsystems ist im Verfall begriffen.“, so Prof. Dr. Eiko Jürgens bei einer Diskussionsveranstal-

tung der GEW im Rahmen der Kampagne „Rettet die Bildung“ letzte Woche in Osnabrück. Verfällt dieser Mythos wirklich? Zumindest gibt es erste Anzeichen dafür. Hatte schon im letzten Jahr der Baden-Württembergische-Handwerkstag in seiner PISA-Broschüre vom Juli 2002 mit der Forderung nach einer gemeinsamen neunjährigen Grundschule aufhorchen lassen, so erregten im Januar Zeitungsmeldungen über Aussagen der Unternehmensberatung

McKinsey allgemeine Aufmerksamkeit. Von der HAZ bis zur taz wurde in Niedersachsen unter Überschriften wie „McKinsey: Schüler zu früh getrennt“, „Lernen früher anfangen, selektieren später“ und „Schule für alle muss kommen“ darüber berichtet, dass nach der Boston Consulting Group nun auch McKinsey die frühe und ungerechte Auslese von Schülerinnen und Schülern grundsätzlich falsch findet.

Natürlich: Hinsichtlich des Gesamtkonzepts und der Absichten sind sowohl der Baden-Württembergische-Handwerkstag als auch McKinsey meilenweit von den Positionen der GEW entfernt. Trotzdem: Wenn eine elitäre Unternehmensberatung – und nicht nur diese – die Elite-Idee der deutschen Schule grundsätzlich kritisiert, dann beginnen sich alte Fronten in der Bildungspolitik zumindest in einzelnen Bereichen aufzulösen. Einige wichtige Forderungen, wie die Notwendigkeit qualitativer und quantitativer Verbesserungen im Kita-Bereich, die bessere Ausstattung der Grundschulen, die Akzeptanz inhomogener Lerngruppen bei gleichzeitig besserer individueller Förderung der Schülerinnen und

Schüler und die Notwendigkeit einer wesentlich längeren gemeinsamen Schulzeit sind damit aus der Beschränkung auf die bisher üblichen bildungspolitischen Diskussionszirkel heraus. Die dadurch entstehende neue Dynamik in der Diskussion gilt es zu vergrößern und zu nutzen. Zu nutzen auch gerade in dem Sinne, dass weitere gesellschaftliche Gruppen zur Unterstützung in der Schulstrukturfrage gewonnen werden und sich die Anzahl derer, die sich von der begabungstypologischen Gliedrigkeit des Schulsystems verabschieden will, stetig vergrößert.

Und wer steht dem Verfall des Mythos noch im Wege, wer behauptet, dass die Frage nach den Strukturen ideologisch ist? Zum Beispiel die permanent wahlkämpfenden Politikerinnen und Politiker: In konservativen Denkstrukturen erstarrt die einen, mit Furcht vor einer neuen Schulstrukturdebatte die anderen, halbherzig in ihren Forderungen die dritten. Und die Kultusministerinnen und Kultusminister aller Länder sind es, die sinnlos, aber unverdrossen die Schulstrukturfrage tabuisieren. Wer zu spät kommt ...